

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands.
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 18

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mk.

Köln, den 2. September 1922.

Geschäftliche: Köln, Deutscher Wall 6, Fernspr. 4400 5533. Postfach-Konto Köln 16973.

18. Jahrg.

Zum 2. Verbandstage.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes findet in den Tagen vom 3. bis 5. September in Würzburg, der fränkischen Mainmetropole, der nach den Satzungen dieses Jahr abzuhaltende Verbandstag statt. Fünfundvierzig gewählte Vertreter der Mitglieder werden gemeinsam mit dem Zentralvorstande und den Bezirksleitern sich zur ersten Arbeit zusammensetzen. — Nach der Abtrennung der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner von dem alten Stammverbande am 1. Januar 1913, dem Geburtsstage unseres jetzigen Verbandes, fand der erste Verbandstag im Jahre 1919 in Köln statt. Bereits im Jahre 1916 hätte er stattfinden müssen. Die Kriegswirren aber gestatteten eine derartige Tagung nicht. Als er dann endlich 1919 zusammentreten konnte, standen wir politisch, wirtschaftlich, aber auch gewerkschaftlich völlig veränderten Verhältnissen gegenüber. Der Krieg war zusammengebrochen und für Deutschland vollständig verloren. Ungeheuerliche Verpfändungen hatte das deutsche Volk durch den Versailler Vertrag, durch die Macht der Gegner und eigene Not dazu gezwungen, auf sich nehmen müssen. Verpfändungen, die auch beim besten Willen, wie die Erfahrungen gezeigt haben, nicht erfüllt werden können. Das ganze deutsche Nationalvermögen an die Entente ausgeliefert, hätte nicht ausgereicht, die Gegner zu befriedigen. Zwanzig Millionen Menschen hat Deutschland zu Sklaven der Ausbeute eines und feindselig gesinnten ausländischen Staatsmannes. Durch Not und Elend wußten sie zu Grunde gehen. Angesichts dieser furchtbaren Gefahr, die in erster Linie den beschloßen Arbeitnehmern drohte, mußte die Gewerkschaftsbewegung versuchen, ihre Mitglieder vor dem äußersten zu bewahren.

Aufgabe des ersten Verbandstages war es daher, den Verband so zu gestalten, daß er nach Möglichkeit den gestellten Aufgaben gewachsen war. Das ist zum Teil gelungen. Aber auch nur zum Teil, obgleich wir in den letzten Jahren auf innerpolitischem Gebiete und bei der Ordnung der Beziehungen der eigenen Volksgenossen ein gut Stück weiter gekommen sind. Die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist erreicht. Das Tarifvertragswesen hat im Laufe der Zeit einen wesentlichen Aufschwung und eine weitere Vervollständigung erfahren. Durch Erlass des Betriebsrätegesetzes wurde den Arbeitnehmern auch ein gewisser Einfluß auf die Leitung der Betriebe eingeräumt. Durch Errichtung durch Reichswirtschaftsrates, wenn auch in vorläufiger Form, wird den führenden Personen im Wirtschaftsleben ein gewisser Einfluß auf die Gesetzgebung gegeben. Zusammengefaßt kann gesagt werden, in keinem anderen Lande der Welt hat die Arbeiterschaft einen derartigen Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Leben eines Landes wie in Deutschland.

Trotz alledem sind die deutschen Arbeitnehmer auf der sozialen Stufenleiter weiter hinabgeglitten. Noch nie in den letzten 20 Jahren war die Sorge ums tägliche Brot in der Kollegenchaft größer, wie in der jetzigen Zeit. In erster Linie eine Folge des Versuches seitens der Gegner, die deutsche Wirtschaft wie eine Strohse zu zerreißen. Als zweite Ursache kann der Klassenhaß und Klassenkampf von oben und unten, geschürt durch eine rein auf das Materielle eingestellte Geistesrichtung bezeichnet werden. Diese Geistesrichtung fördert ein immer größeres Auseinanderfallen als Volk, wodurch die ausländischen Gegner in die Rolle des lachenden Dritten versetzt werden.

Ein Universalmittel gegen diese Zersplitterungen gibt es nicht. Jeder einzelne Volksgenosse, jede Vereinigung, die Anspruch auf Beachtung macht, muß bei sich selbst mit der Besserung beginnen.

Verantwortlich für das Wohl der Gesamtheit sich fühlen ist erste Voraussetzung für eine Besserung. Das gilt auch für die Teilnehmer des Verbandstages. Sie sind berufen, die Wege zu zeigen, die der Verband in den nächsten Jahren zu gehen hat. Ehre und Verantwortung sind aber nicht immer angenehme Dinge. Nicht immer böser Wille, sondern mangelnde Einsicht sind sehr oft die Ursache, warum notwendige Reformen nicht durchgeführt werden. Trotzdem muß auf dem kommenden Verbandstage versucht werden, die gestellten Aufgaben restlos zu erfüllen. Welcher Art diese sind, ist aus den gestellten Anträgen und Veröffentlichungen im Verbandsorgane genügend zu erkennen und brauchen hier nicht wiederholt zu werden.

Notwendig aber wird sein, daß die Verhandlungen von einem gewissen Optimismus getragen werden. Nicht leicht wollen wir die schweren Aufgaben die uns bevorstehen nehmen. Das Vertrauen aber auf den Erfolg unserer Arbeit dürfen wir uns unter keinen Umständen nehmen lassen.

Möge daher der zweite Verbandstag fruchtbringende Arbeit zum Wohle der Mitglieder leisten. Dieser Wunsch von fünfundzwanzigtausend Mitglieder begleitet die Delegierten auf ihrer Reise. Möge ein guter Verlauf diesen Wünschen Erfüllung bringen.

Willkommen in Würzburg!

(Von einem süddeutschen Kollegen.)

So war ein glücklicher Gedanke des Zentralverbandes als Tagungsort für den zweiten Verbandstag die alte historische Stadt Würzburg zu wählen. Das gereicht nicht nur den Würzburgern, sondern auch den bayerischen wie den süddeutschen Kollegen überhaupt zur besonderen Ehre. Ernste Beratungen sind es, die die gewählten Kollegen, zusammen mit den Verbandsfunktionären, zu einer wichtigen Tagung vereinigt. Es heißt hier, das gute Althergebrachte mit dem Neuzzeitigen und dem durch die veränderten Verhältnisse Erforderlichen zu vereinbaren und zu verschmelzen.

Dazu erscheint Würzburg der geeignetste Ort. Im Stadtbild selbst kommt die Vergangenheit einiger Jahrhunderte in Verbindung mit dem Guten und Schönen der Neuzeit zum Ausdruck. Mit anderen Städten des Westens, wie Köln, Mainz, Frankfurt usw. kann Würzburg auf eine Vergangenheit von fast 1600 Jahren zurückblicken. Würzburg war eine derjenigen Stätten, von wo aus der Gedanke des Christentums in den deutschen Gauen verbreitet wurde. Kunst und Wissenschaft, von der heute die vielen herrlichen Kirchen und Baudenkmäler zeugen, — erwähnt sei hier der herrliche Dom, das Würzburger Residenzschloß und die Mainbrücke — fanden hier eine gastliche Stätte. Aber auch der soziale Gedanke, die christliche Caritas fand, wenn nicht in neuzeitlichem Gewande, dann doch in den der Vergangenheit angepaßten Formen lebhaften Ausdruck. Das heute noch bestehende Juliuspital und viele andere Stiftungen sind hierfür die noch lebenden Zeugen.

Heute zeichnet sich Würzburg aus durch regen Gewerbetreib und Kunsthandwerk. Vielleicht wird es in Zukunft noch eine ganz andere Bedeutung gewinnen, wenn erst die neue Wasserstraße, die den Rhein mit der Donau verbinden soll, fertiggestellt sein wird. Hierdurch wird es ermöglicht, einen Verkehr der Güter, von der Nordsee bis zum mittelländischen Meere, auf dem Wasserwege sich vollziehen zu lassen. Ein weiteres neuzeitliches Verkehrsmittel für den Verkehr innerhalb der Stadt bestimmt, die elektrische Straßenbahn, mußte vor kurzer Zeit infolge der jetzigen traurigen Wirtschaftsverhältnisse vorläufig eingestellt werden. Gerade eine derartige Stadt, wo sich das Alte mit dem Neuen verbindet, ist schon der richtige Tagungsort für eine moderne Gewerkschaft.

Aber noch aus einem anderen Grunde begrüßen wir eine bayerische Stadt als Tagungsort. Bei aller Anerkennung der berechtigten Eigenarten eines Volksstammes, die in der Verfassung und in den Gesetzen Berücksichtigung finden müssen, muß doch über allem der deutsche Gedanke stehen. Ohne die geschlossene Einheit des deutschen Reiches würde unsere Gewerkschaftsarbeit eine vergebliche sein. Die Gewerkschaftsbewegung kennt keine Mainlinie. Wenn früher das deutsche Volk zusammenstand, um seine Wohlfahrt zu wahren, so muß es heute zusammenstehen, um sich vor dem Untergange zu schützen. Keine besondere Stammeseigenart kann groß genug sein, um das gemeinsame Ziel, den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und unseres deutschen Volkstums gefährden zu dürfen. Durch die Wahl einer süddeutschen Stadt soll, trotzdem der Schwerpunkt unseres Verbandes im Westen liegt, zum Ausdruck gebracht werden, daß wir in erster Linie in unserer Bewegung das gemeinsame Wohl aller Volksgenossen fördern wollen.

Würzburg hat aber auch eine historische Bedeutung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Für die christlichen Gewerkschaften in Bayern war der im Jahre 1897 abgehaltene Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands von fast ausschlaggebender Bedeutung. Auf dieser Tagung vor 25 Jahren war als Referent vom damaligen Verein „Arbeiterschuh München“ unser jetziger Bezirksleiter Kollege Weigler gestellt. In seinem Vortrage „Christliche Gewerkschaften, oder Fachabteilungen im Arbeiterverein“ forderte er die Gründung von christlichen Gewerkschaften. Die Tagung entschied sich nach einer lebhaften Aussprache für das Letztere. Die Opposition gegen diesen Beschluß ging damals von Würzburg aus. Auf diese Opposition ist es auch zurückzuführen, wenn unsere Bewegung in Würzburg selbst, wie überhaupt in Unterfranken zunächst auf einen starken Widerstand stieß. Erst in einer späteren Zeit war es möglich, auch in diesem Gebiete festen Fuß zu fassen. Zu denjenigen Ortsgruppen, die nach dieser ersten Sturm- und Drangperiode gegründet werden konnten, gehört auch unsere Würzburger Ortsgruppe der Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner. Durch diesen nunmehr glücklich vollständig überwundenen Streit im eigenen Lager hat unsere Gesamtbewegung aber im dortigen Bezirk manches verloren, was bis heute noch nicht reiflos eingeholt werden konnte. Um so mehr müssen wir heute unsere Kräfte anspannen, um die christlichen Gewerkschaften zu dem zu machen, was sie sein sollen und sein müssen.

Den Teilnehmern des Verbandstages werden aber ohne Zweifel neben den Stunden der ersten Arbeit auch einige der Erholung beschieden sein. Würzburg bietet hierzu die beste Gelegenheit. Abgesehen von den herrlichen Bauten und Denkmälern in der Stadt selbst, verdient die herrliche Umgebung einige Beachtung. Stolz ragt auf der einen Seite die feste Marienburg empor, während auf der anderen das „Kuppel“ eine ehrwürdige Wallfahrtsstätte frommer Beter zu erblicken ist. Von hier aus eine köstliche Aussicht ins Maintal. Der durch zahlreiche Flüsse, Räder, Motor- und Dampfboote belebte Fluß zeigt uns ein Bild von arbeitenden, aber auch frohen Menschen. Ein kleiner Spaziergang nordwestlich des Bahnhofes zeigt uns jedes Gelände auf dem der bekannte Steinwein wächst. Ob es den lieben Gästen möglich sein wird, im Juliuspital oder einer sonstigen, traulichen Schankstätte den „Bocksbeutel“ zu probieren, vermag ich nicht zu entscheiden, da hier die Höhe der bewilligten Spelen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Jedenfalls darf ich den Freunden eines guten unverfälschten Tropfens eine kleine Probe empfehlen. Die fränkische Kost ist jedenfalls nicht zu verachten und die am Main liegenden Fischküchen haben sich ihren guten Ruf aus der alten Zeit in die heutige hinüberretten können. Jedenfalls dürfen die Gäste überzeugt sein, daß die hiesige Kollegenschaft nichts unversucht lassen wird, um Ihnen nach des Tages Last und Mühe einige frohen Stunden zu bereiten um sich bei Ihnen ein gutes Andenken an den Würzburger Verbandstag zu sichern.

Ernste Aufgaben sind es, die uns auf dem Verbandsstage zusammenführen. Es gilt unseren Verband so zu gestalten, daß er in die Lage versetzt wird, allen berechtigten Ansprüchen zu genügen. Das dieses gelingen möge ist unser herzlichster Wunsch. In diesem Sinne den lieben Gästen
EIN HERZLICHES GROSS GOTT!





Dem Verbandstage.

Sie durch die Schöpfung zieht ein lautes Rauschen
 Vom Aufstehen und vom Morgenlicht,
 Und millionenfällig tiefes Stöhnen
 Wie jarts Hoffnung aus den Seelen bricht.
 Sie fühlen dieser stetes Schöpferwollen,
 Den Sieg der Arbeit, den Triumph der Kraft,
 Die Lebensfeier aus dem Schicksalsgrollen,
 Die Läuterglut im Kampf der Leidenschaft.

Auch wir, ihr Brüder, Schwestern, die begraben,
 Bedeckt von Trümmern einer toten Zeit,
 Wir seh'n das Gottesanlicht hoch erhaben
 Im Wunderraume der Unendlichkeit.
 Wir wollten sinken, wollten jäh verzagen,
 Und doch reißt uns die ewige Kraft empor —
 Sie trägt uns auf der Gottheit Flammenwagen
 Durch Dunkelheit zu ihrem Strahlentor.

Wir sind die Kraft, wir sind das neue Leben,
 Wir fühlen es in tiefster Menschenbrust,
 Wir fühlen — unser Schicksal ist das Geben
 Und reines Schenken höchste Lebenslust.
 Wir reichen uns die Hand zu treuem Bunde,
 Zum Werk der Tat, die uns vom Joch befreit,
 Das wuchs empor seit jener Schöpferstunde
 Als Leuchtturm auf dem wilden Meer der Zeit.

Ihr Brüder, Schwestern, laßt uns Heerschaulaufen,
 Nicht Sklavendemut sei bei uns zu Gast;
 Wir wollen freudig unser Werk entfalten,
 Des Werks bewußt, der eine Welt umfaßt.
 Ein Jählotis nur im Dienst der Entgelten,
 Sind wir der Zukunft walldurchbrechend Heer,
 Das Licht erkämpft dem Land der Dunkelheiten
 Und Selzer wird auf wildbewegtem Meer.

Es blüht hernieder auf des Raines Wellen
 Das Kämpels, las unser Werk bespant,
 Und ringsherum, wo Nebelände schwellen,
 Der Himmel über Frankens Eterns Mant,
 Wo dreimal kühn geschwung'ner Bräutigam
 Das Lied der Arbeit singen, die erhält,
 Da steigt ein Spinnus aus des Stromes Wogen,
 Aus Kraft und Schönheit blüht Gefang der Welt.

Drum um die Leinde fest den Gurt geschlungen
 Das Steuerrad fast kühn und fest die Hand
 Wir haben uns zu Hohem aufgeschwungen
 Und schauen auf ein fruchtbestelltes Land,
 Und woll'n nicht milde werden, neu zu bauen,
 Denn Stillstand ist ein schneller Weg zurück —
 Es soll die Zukunft die Vollendung schauen,
 Aus Opferflammen leuchtet wahres Glück.
 Christoph Wieprecht.



Der Anteil der christlichen Gewerkschaften am Wiederaufbau.



Seitdem die nationale Katastrophe über uns hereingebrochen, reden wir vom Wiederaufbau. Wir reden davon — ist es uns wirklich ernst damit? Oft möchte man in der Tat daran zweifeln. Ist es nicht so, daß Hunderttausende und Millionen am liebsten die „Konjunktur“ nehmen, wie sie seit dem Krieg und erst recht durch die Revolution geworden ist? Wer legt sich denn die Frage vor, sei er nun Unternehmer oder Arbeiter, sei er Händler oder Beamter, inwieweit seine Bezüge, seine Einnahmen aufgebaut sind auf der Notlage des Volkes? Wo sehen wir ein ernsthaftes Bemühen, unser Wirtschaftsleben, das durch den Krieg eine völlige Umwandlung erfahren hatte, wieder auf den Friedensfuß zu bringen? Wer denkt darüber nach, daß doch zwischen den einzelnen Schichten des Volkes und vor allem zwischen den einzelnen Kategorien der Erwerbstätigen ein bestimmtes Verhältnis obwalten muß, wenn das wirtschaftliche und soziale Leben seinen geordneten Gang gehen soll? Wer schämt sich wirklich innerlich vor der Ausbeutung, wenn er sie selber ausführen — nicht bloß an anderen beobachten — kann? Mit einem Worte: Wer bemüht sich wirklich um einen Wiederaufbau unseres Volkslebens aus der Tiefe eines, um das Wohl des Volkes und aller seiner Schichten ehrlich besorgten Herzens und Gemütes heraus?

Das alles sind Gewissensfragen, die sich heute jeder vorlegen, und, was wichtiger ist, zu beantworten suchen muß. Ohne das der Einzelne dies tut, nützt uns aller Wiederaufbau nichts: er ist und bleibt Papier. Gilt aber diese Aufgabe für den Einzelnen, so gilt sie erst recht für die Korporation, d. h. für die Gesamtheit der gesellschaftlich Vereinten. Sie gilt in erster Linie für die Gewerkschaften und zwar wiederum hier für die christlichen Gewerkschaften. Warum? Die Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen Leben verflochten und ihre Wirksamkeit greift tief hinein auch in das allgemeine nationale, in das Volksleben. Ihre Existenz ist letzten Endes von der Blüte der Wirtschaft abhängig. Darüber kann die Scheinblüte der jetzigen Zeit mit ihren stakken Gewerkschaftsarmeen nicht täuschen. Ist dem aber so, dann erfordert schon das eigene Interesse der Gewerkschaft, daß sie sich mit Bemühen um den Höchststand der Wirtschaft. Dem Vorgehen und der Tätigkeit der Gewerkschaften ist es namentlich zu verdanken, daß heute der Lohn etwas ganz anderes ist als vordem. Wurde er früher willkürlich vom Unternehmer oder vom Staat bestimmt, so wird seine Höhe jetzt in der Verhandlung mit der Vertretung der Arbeiterschaft festgesetzt. War er früher ein Teil der Kosten der Produktion und darum allen Schwankungen jeder Art ausgesetzt, so ist er jetzt der Anteil des Arbeiters am Ertrage dieser Produktion selber. Kurz: der Lohnbezug ist durch die Gewerkschaft vermenschlicht, aus dem früheren reinen Sachverhältnis herausgelöst worden. Das hat aber natürlich zur Folge, daß nunmehr der Lohn in seiner Höhe von der Gesamtheit der Produktionsertrages abhängig ist. Mit anderen Worten: die Gewerkschaft muß aus dem Lohninteresse des Arbeiters heraus sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die Produktion auf die größtmögliche Höhe hinaufgeführt wird. Nun wissen wir, daß wir heute von dem möglichen Höchststande außerordentlich weit entfernt sind. Im Gegenteil: wir entfernen uns noch immer mehr davon. Unser Wirtschaftskörper unterliegt einer unzweifelhaften Auszehrung. Wir zehren unser Betriebskapital auf. Die Arbeiterschaft läßt sich allzuleicht durch die hohen Summen täuschen, die in den Bilanzen der Unternehmer erscheinen. Da liest man beispielsweise von Abschreibungen, gegen deren Höhe sich der Arbeitsmann empört. Und doch haben wir in der Gesamtheit viel zu wenig abgeschrieben. Das wird sich bitter rächen. Man muß sich daran gewöhnen, die Zahlen nicht in ihrer jetzigen absoluten Kennhöhe zu betrachten, sondern sie mit den Friedenszahlen in Vergleich zu bringen. Wir pflegen das ja auch in Bezug auf die Löhne und deren Betrag zu tun.

Es ergibt sich also die Notwendigkeit, daß wir einmal als Gesamtheit der Erwerbstätigen Halt machen und sagen: wie stehen denn nun eigentlich die Dinge? Kann es in der bisherigen Weise weitergehen? Sollen wir einfach darauf los „wirtschaften“ und leben, so lange wir leben können und unserer Kindern und Kindeskindern das graue Elend überlassen? Oder sollen wir uns ermannen, aus der gegenseitigen Sphäre heraustreten und überlegen, wie wir in beiderseitiger Anstrengung unseren gesamten Volksbetrieb wieder ordnen können? Vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus kann man gar nicht anders reden als etwa in dieser oder ähnlicher Weise. Wir sind als christliche Arbeiter verpflichtet, daran mitzuarbeiten, daß eine solche Ordnung besteht, unter der wir als Christenmenschen leben und unserer persönlichen und der Volkswirtschaft uns widmen können. Das ist in Wirklichkeit Wiederaufbau. Wer ein christlicher Mensch ist, sich nicht selbst betrügt oder durch andere betrügen läßt, der weiß, daß durch die Natur der Dinge in der Wirtschaft und im Sozialleben der Umwälzung bestimmte Grenzen gesetzt sind. Wir können nicht, wie mancher gerne möchte, wir können insbesondere nicht die Pläne ausführen, die sich auf dem Papier so schön ansehen und die ein glattes Funktionieren des gesamten Wirtschaftslebens zu sichern scheinen. So sehr das alles der Vernunft zu entsprechen scheint — es scheitert an der natürlichen Eigenart der Menschen, die nicht nur unvollkommen sind, sondern von denen jeder zunächst dem Eigeninteresse nachgeht und sich dann vielleicht erst aus der Ferne an das Interesse seines Nebenmenschlichen erinnert. Vollkommene Pläne sehen vollkommene Menschen voraus. Da es diese nicht gibt und nie geben wird, so erledigt sich dadurch das Plänenmachen nach reinen Vernunftbegründungen von selber. Deutschlands größter Philosoph war sogar der Auffassung, daß erst durch die Ueberhäufung der Schwierigkeiten die Menschheit sich allmählich, aber auch dann noch widerwillig, zu vernünftigeren Zuständen herausarbeiten werde. Erleben wir es nicht selber? Waren wir uns nicht während des Krieges, zumal in der letzten Kriegszeit, bis zum letzten Mann darüber einig, daß jeder neue Krieg ein Verbrechen, ein Wahnsinn sein würde? Und löst es nicht heute schon wieder von allen möglichen Seiten, auch bei uns in Deutschland, so, als ob man am liebsten wieder das Gewehr schultern und „loslegen“ würde? Das ist das Schicksal des Menschen, daß er wandelbar und vergeßlich ist und daß er allzuoft gerade dem entgegenhandelt, woraus sein wahrer Nutzen entspringen würde. Soll daher eine Bewegung wie die unsere wirklich wiederaufbauen helfen, dann wäre nichts verkehrter, als zunächst mit großen Plänen aufzuwarten und darum viel Gekläre zu weben. Nein, das Gegenteil ist notwendig. Das Wichtigste, was sie tun kann, ist, daß sie die einzelnen ihrer angehörenden Gruppen und Mitglieder dazu anspornt und bewegt, in ihrem kleinen Lebenskreis ihre Pflichten zu erfüllen, verantwortungsbewußt zu handeln, nicht über Gebühr dem eigenen Vorteil nachzugeben, sondern wirklich und ernsthaft das gemeine Wohl im Auge zu behalten. Das erfordert gewiß in weitaus den meisten Fällen unter den heutigen Verhältnissen Entschlossenheit und Opferbereitschaft. Aber wir wollen doch wirklich nicht das Wort „christlich“ nur als Ausschmückung führen! Darüber sind wir uns doch allenthalben in den letzten Jahren klar geworden. Wir haben vielmehr uns entschlossen, den ganzen Inhalt, der in dem Worte christlich liegt, praktisch für unsere eigene Bewegung und für das Verhalten unserer Gruppen und Mitglieder auszumünzen. Wohlan denn! Zeigen wir es, indem wir anfangen, ohne viel Worte und ohne große Lösungen abzuwarten, bei uns selber im engsten kleinen Kreise wiederaufzubauen!

Dann leisten wir der Wirtschaft den besten Dienst. Aber auch dem nationalen Gemeinleben. Ist es nicht ein Hohn, daß aus unserem Lande in der letzten Zeit kaum etwas anderes herausströmt, als das Geschrei über Dinge, von denen wahrhaftig das Wohl und Wehe unseres völkischen Daseins nicht abhängig ist? Anstatt der Gemeinschaft zu

leben, leben wir anscheinend viel mehr der Zwietracht. Anstatt uns aufzuraffen zu nationaler Geschlossenheit, betreiben wir uns selber um die letzten Gemeinschaftsbände. Alles aus der Verblendung materialistischer und egoistischer Denkweise und Handelns heraus. Seitdem der Klassenkampf von oben und von unten betrieben wird, seitdem die leidenschaftlich verfolgten rein materiellen Interessen der verschiedenen Schichten des Volkes immer wieder aufeinanderprallen, schwindet das Mark unseres Volkstums dahin. Der Deutsche kann nicht leben ohne Hinwendung zu einer großen Idee. Wir hatten sie einst in dem Streben nach nationaler Einheit. Heute dagegen sind wir gleichsam ziellos geworden. Darum fehlen uns auch die überragenden Führer. Es ist deswegen von so großem Belang, daß die christlichen Gewerkschaften die Parole der Wiederherstellung der Volksgemeinschaft ausgegeben haben und daß sie sich zu ihrem Teil bemühen, diese Gemeinschaft des Volkes in der Seele der verschiedenartigen Schichten aufzubauen, die sich in ihnen und im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigen. Denn schließlich kann man Volksgemeinschaft nicht

predigen, sondern man kann sie nur erleben. Gemeinschaft aber belebt man zunächst in der Familie und dann im Beruf. Wo beides zerfällt und auseinandergebrochen ist, hört die Möglichkeit zum Gemeinschaftserleben und darum auch zum Gemeinschaftserleben auf. Indem wir uns ernsthaft darum bemühen, selbst bis in die Einzelheiten des Lebens hinein das wahre Wohl der Familie im Auge zu behalten, indem wir uns ferner auf die Idee der Berufspflege einstellen, bauen wir am Gemeinschaftserlebnis und legen wir das Fundament zu einer wahren Volksgemeinschaft. Hier liegt unsere Eigenart, die denn auch mit aller Kraft hochgehalten, ausgebaut und gegen alle Angriffe verteidigt werden sollte. Das sollte eigentlich jedem Verbandstag, jeder Generalfammlung Richtschnur und Leitstern sein! Auf solcher Grundlage können wir uns der hehren Verpflichtung entschließen, die uns auferlegt ist dadurch, daß wir durch eigenen Willen und durch das Vertrauen des Volkes an dem Wiederaufbau unseren ganz besonderen Anteil haben.

Gewerkschaftliche Aufgaben und Erfolge.

Die christlichen Gewerkschaften erstreben die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete. Der Verwirklichung dieser Ziele haben sie stets ihre volle Kraft gewidmet. Die Arbeit war mühevoll, aber erfolgreich. Welch ein Unterschied zwischen den Verhältnissen Ende der Vierziger Jahre und heute?

Damals wurde von den Unternehmern das Wort geprägt: Eine Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete werden wir niemals anerkennen. Der Arbeitgeber ist „Herr im Hause“ und muß es bleiben. Dieses Wort war kein bloßes Schlagwort. Für die Arbeitgeber, insbesondere die Arbeitgeberverbände, war es ein Programm, das strikte befolgt wurde. Eine Ausnahme hiervon bildeten höchstens die Arbeitgeber in den handwerksmäßigen Berufen. Nun hatte aber die industrielle Entwicklung für die Arbeiterschaft erhebliche Mißstände und Schäden im Gefolge gehabt. Der „freie“ Arbeitsvertrag stand nur auf dem Papier. Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgte einseitig und willkürlich vom Arbeitgeber. Die Lage der Arbeiterschaft von damals war, nach einem treffenden Ausspruch von Job, Giesberts, gekennzeichnet durch „Abhängigkeit vom Arbeitgeber“ und „Unsicherheit der Existenz“. Die Wahrheit dieses Satzes wurde bekräftigt durch geringe Löhne, lange Arbeitszeit, mangelnden Schutz für Leben und Gesundheit, Zehnjährigkeit, Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit usw. Schlimmer noch als dieses alles wirkte die beständige Ungewißheit über die Dauer des Arbeitsverhältnisses. Wie ein Damoklesschwert schwebte über dem Arbeiter das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Den Zeiten der Hochkonjunktur folgten Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, die oft Hunderttausende wochen- ja monatelanger Arbeitslosigkeit überantworteten. Not und Elend waren die unausbleiblichen Folgen. Keine Frage, daß bei solchen Gelegenheiten die Mißliebigen zuerst dran glauben mußten. Auch Gesetzgebung und Verwaltung erschwerten der Arbeiterschaft in hohem Maße den Kampf um bessere Daseinsbedingungen.

Gewiß ist auch heute die Lage der Arbeiterschaft keine rosige. Gewiß muß auch heute ein harter Kampf ums tägliche Brot geführt werden. Aber das Eine ist doch erreicht: Das Mitbestimmungsrecht, die volle Gleichberechtigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Rechte des einzelnen Arbeiters werden wahrgenommen von der gewerkschaftlichen Organisation. An die Stelle des Einzelvertrages ist der Kollektivvertrag, der Tarifvertrag, getreten. Nicht mehr zwingt der starke Arbeitgeber einseitig und willkürlich die Arbeitsbedingungen auf, sondern diese werden festgelegt von den beiderseitigen Vertragspartnern, den Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. Diese tarifliche Regelung der Lohn-

und Arbeitsverhältnisse hat auch den Arbeitnehmern in den öffentlichen Betrieben wesentliche Vorteile gebracht. Die Löhne wurden einheitlicher geregelt und stehen heute kaum noch hinter den Industriellen zurück, mancherorts sogar darüber. Arbeitszeit, Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Lohnfortzahlung für Wochenfeiertage und während der Krankheit, Urlaub, Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung werden nicht mehr einseitig von den Behörden geregelt, sondern gemeinsam mit den Gewerkschaften. Schließlich hat das Betriebsrätegesetz die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft innerhalb der Betriebe selbst anerkannt.

Auf sozialem, d. h. gesellschaftlichem Gebiete sah es kaum anders aus, als auf wirtschaftlichem. Die Arbeiterschaft galt als das Eisenrödel. Die anderen Stände genossen, besonders auf politischem Gebiete, erhebliche Vorrechte. Politische Gleichberechtigung galt nur bei den Wahlen zum deutschen Reichstag. Für die Landtage, Stadt- und Gemeinderatswahlen galt das Dreiklassenwahlrecht. Die Arbeiter hielt man nicht für reif, solche Wähler zu befehlen. Auch darin ist ein gründlicher Wandel eingetreten. Tausende Arbeiter sind heute als Gemeinde- und Stadtratsmitglieder tätig, zahlreich sind die Vertreter im Reichstag, Reichswirtschaftsrat und in den Einzellandtagen, einige haben es gar zum Minister gebracht. So was hätte man noch vor 15-20 Jahren für ganz unmöglich gehalten. Leicht hat man es den Arbeitern auch auf diesem Gebiete nicht gemacht, ihre Forderung auf Gleichberechtigung durchzusetzen. Auch das war nur unter dem Druck der starken gewerkschaftlichen Organisationen möglich. Die Gewerkschaften müssen parteipolitisch neutral sein, d. h. sie dürfen sich nicht einseitig für eine politische Partei festlegen. Damit kann aber nicht gesagt sein, daß die Gewerkschaften sich überhaupt nicht um politische Dinge kümmern und damit befassen dürfen. In der Vor- wie in der Nachkriegszeit haben die Gewerkschaften unter den Fehlern der politischen Parteien manchmal hart gelitten, so daß es zu verstehen ist, wenn sie auch manchmal Kritik an deren Verhalten und Stellungnahme übten. Die Zukunft dürfte zeigen, daß die politischen Parteien auf die Gewerkschaften mindestens die gleiche Rücksicht zu nehmen haben, wie umgekehrt. Geht es schlecht, so wird man über „gewerkschaftliche Nebenregierung“ nicht zu klagen brauchen.

Auf kulturellem Gebiete sind nicht minder große Fortschritte durch die gewerkschaftliche Tätigkeit verzeichnen. Das Schnapstrinken auf der Arbeitsstelle, das vor 20 Jahren noch gang und gäbe war, hat fast reflexlos aufgehört. Heute legt der Arbeiter viel mehr Wert auf Kleidung und Wohnung wie damals. Besonders tritt der Unterschied in die Erscheinung bei Betrachtung der öffentlichen Betätigung. Heute gibt es fast keinen

Kollegen, der nicht in Versammlungen reden könnte, früher wagten sich nur wenige damit hervor, weil es an Uebung und Geschick mangelte. Wieviel Umsicht gehört zur Führung der Geschäfte einer Ortsgruppe, besonders des Vorsitzenden, Kassierers und Schriftführers. Die christlichen Gewerkschaften haben stets ihren Stolz darin gesetzt, selbständige Organisationen zu sein, gebildet nur aus Arbeitern, geleitet nur von Arbeitern. Die Einrichtung von Unterrichtskursen galt der Kunst- und Weiterbildung aller Mitglieder, denen hieran gelegen war. Durch Beschickung besonderer volkswirtschaftlicher Kurse wird den fortgeschrittenen Kollegen und den Beamten der Bewegung Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu vertiefen. Seit zwei Jahren finden gar akademische Lehrgänge für Gewerkschaftler an der Akademie in Frankfurt a. M. statt. Neben der fachlichen und volkswirtschaftlichen Fortbildung lassen sich die Gewerkschaften auch die allgemeine Bildung in Form künstlerischer Darbietungen angelegen sein, durch Veranstaltung von Volkshilfsabenden, Theatervorstellungen, Führung durch Museen u. ä. So ist auch in kultureller Beziehung seitens der Gewerkschaften Großes geleistet worden. Das geflügelte Wort: „Wissen ist Macht“, ist bei ihnen auf fruchtbaren Boden gefallen.

In dieser kurzen Darstellung konnte nur das Wichtigste gestreift werden. Sie zeigt aber, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um die heutige Stellung zu erringen. Es war nur möglich, unter ungeheuren Anstrengungen und Opfern. Nichts wäre verfehlter, als nun auf dem Lorbeer zu ruhen. Da dürfte es bald ein jähes Erwachen geben. Jetzt gilt es, das Erreichte festzuhalten, zu behaupten und auszubauen. Dazu bedarf es vor allem der inneren, geistigen Anteilnahme der Gewerkschaftsmitglieder am Verband, Leben und der eifrigeren Mitarbeit an der äußeren und inneren Erhaltung des Verbandes. Auch unsere Lösung für die Zukunft muß heißen: Durch Kampf zum Sieg!

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Einem vielfach geäußerten Wunsche nachkommend, haben wir bisher die abgeschlossenen Tarifverträge und Lohnabkommen, wenigstens soweit sie mehr als bloße Bedeutung hatten, im Verbandsorgan auszugeweiht veröffentlicht. Dem einzelnen Mitgliede war dadurch die Möglichkeit gegeben, an Hand dessen eine Nachprüfung seines empfangenen Lohnes vorzunehmen und Vergleiche mit den Löhnen an andern Orten und in andern Bezirken anzustellen. Voraussetzlich werden wir diese Gepflogenheit in der Zukunft wesentlich einschränken müssen. Die Entwicklung der Dinge zwingt uns dazu.

Während in Vorriegen, einen den Tarifverträgen vielfach der Vorteil nachgerühmt wurde, für eine bestimmte längere Zeit Ruhe und Sicherheit im Gewerbe zu garantieren und dadurch eine genaue sichere Kalkulation zu ermöglichen, haben sie in der folgenden Zeit auf diesen Ruhm verzichten müssen. Die Geldentwertung, die Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände vollzog sich nicht mehr in längeren Zeiträumen, sondern in sprunghafter Weise von Monat zu Monat, von Woche zu Woche, ja in letzter Zeit von einem Tag zum andern. Alle Versuche, die Löhne durch Anwendung einer gleitenden Skala den Preisen automatisch anzupassen, haben bisher noch zu keinem befriedigenden Ergebnisse geführt. Es blieb daher nichts anderes übrig, als die Dauer der Tarifverträge, respektive die durch diese vorgesehenen Nebenabkommen (Lohnabkommen) auf immer kürzere Zeitschnitte zu beschränken. Von einer Gültigkeitsdauer von zwei bis drei Monaten sind wir im Laufe des letzten Jahres auf durchweg einen Monat gekommen. Aber auch diese Zeitspanne läßt sich nicht mehr übersehen. Kein noch so geschultes Wirtschaftspolitiker kann bei den heutigen politischen Wirren, und hierauf ist in erster Linie die Preisgestaltung aufgebaut, behaupten, wie sich die Verhältnisse in einem Monate gestalten werden. Wabrscheinlich ist eine weitere Steigerung der Preise. Aber in welchem Umfange? Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, den Praktiken der Geschäftskreise und Vieseranten zu folgen und allen ihren Verträgen die Bedingung „freibleibend“ hinzuzufügen. Wenigstens für eine bestimmte Zeit müssen sie sich binden.

So ist es durchaus verständlich, wenn unter den jetzigen Verhältnissen auch ihnen der Zeitraum von einem Monat zu lang erscheint, um sich hierfür bindend festzulegen. Die letzten genannten Lohnabkommen, sofern sie die Löhne über den ersten

September hinaus bestimmen, enthalten daher eine Bestimmung, wonach für die Zeit nach dem 1. oder 15. September die Lohnhöhe durch neue Verhandlungen festgesetzt werden soll. In Wirklichkeit ist dadurch die Vertragsdauer teilweise auf 14 Tage herabgesetzt.

Eine ganz erhebliche Mehrbelastung der Gewerkschaften durch immer neue Verhandlungen ist hieron die Folge. Die Kräfte des Verbandes werden mehr wie bisher, wenn nicht fast ausschließlich hierdurch in Anspruch genommen. Auch die Unkosten des Verbandes erfahren eine weitere erhebliche Steigerung.

Sollen die Gewerkschaften unter diesen Umständen den gestellten Anforderungen in vollem Umfange gerecht werden, müssen die hauptamtlichen Kräfte des Verbandes, die Verbandsbeamten, eine größere Unterstützung bei ihrer Arbeit durch die Ortsgruppenvorstände erfahren. Jedes Mitglied kann zum guten Teile dazu beitragen, die Arbeit im Verbands zu vereinfachen. Nicht pünktliche Beitragszahlung und regelmäßiger Besuch der Versammlungen spart dem Verbands viel Arbeit und Mühe, aber auch Zeit und Kosten. Leider wird dieser Umstand heute noch viel zu wenig beachtet. Durch die Geldentwertung sind ganz offensichtlich die Lohn- und Gehaltsempfänger ins Gedränge gekommen. Die Preise blühten heute durchweg den 100fachen Betrag der Friedenspreise, wohingegen die Löhne und Gehälter kaum den 50 bis 75fachen Betrag des Friedenslohnes erreicht haben. Noch mehr aber leiden die Gewerkschaften. Ihre Ausgaben, mit Ausnahme der Beamtengehälter, sind entsprechend der allgemeinen Teuerung im vollen Umfange gestiegen. Dagegen bleiben die Einnahmen nicht nur entsprechend der Steigerung der Ausgaben, sondern auch entsprechend der Steigerung der Löhne der Mitglieder wesentlich zurück. Dieser Zustand reißt durch Beitragsrückstellungen auszugleichen, läßt auf manche Schwierigkeiten. Um so mehr aber muß versucht werden, durch eine ausgeglichene rationale Geschäftsführung manches auszugleichen. Die Wohlthätigkeit sämtlicher Mitglieder wie sie oben angebreitet wurde, ist hierbei unerlässlich.

Nur wenn diese Mittel dem Verbands nicht verlagert, wird es möglich, in bezug auf Durchführung der Lohn- und Tarifbewegungen den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Bezirk Coburg.

Mit der Gründung unseres Verbandes am 1. Januar 1919 wurden als Stammgruppen die schon vorher bei dem Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands bestehenden Ortsgruppen übernommen. In diesem Verbands bildeten bis dahin die Gemeindearbeiter eine besondere Sparte unter der Bezeichnung: Verband der Staats- und Gemeindearbeiter Deutschlands. Von der Gründung des Verbandes an bis zum 1. Quartal 1919 übte das gesamte rechtsrheinische Bayern einen Bezirk mit dem Sitz in München unter dem noch heute tätigen Bezirksleiter Georg. Mit der Errichtung eines eigenen Sekretariats für Nordbayern mit dem Sitz in Bamberg wurden die fränkischen Bezirke vom Münchner Sekretariat abgetrennt und ein eigener Bezirk gebildet. Nachdem die Revolution und die Errichtung einer Räterepublik in Südbayern dem Verbands durch den Terror der sozialdemokratischen Parteiherrschaft große Wunden geschlagen, war die Hauptaufgabe, die noch verbliebenen Trümmer unseres Verbandes aufzurichten und neue Ortsgruppen zu gründen. Durch den Terror der roten Mächte litt vor allem die in unserem Verbands organisierten Staatsarbeiter. Folgende Ortsgruppen der Fluhbauarbeiter wurden aufgelöst: Gellau, Landshut, Simbach a. T., Dingolfing, Wilshafen, Passau und Egging a. Inn. In München allein gingen durch den Räterepublika der Ortsgruppe circa 500 Staats- und Gemeindearbeiter verloren. Nach der Niederschlagung der Räteregierung konnte wieder an den Aufbau der alten Ortsgruppen und Gründung neuer herangegangen werden. Im Jahre 1919 wurden neu gegründet die Ortsgruppen: Passau, Straubing, Dillingen, Bad Tölz, Weilheim, Traunkirchen, Donaumörsch (Gemeindearbeiter) und Wolftraishausen und Rain am Lech (Fluhbauarbeiter).

Mit der Anstellung eines Lokalbeamten der Ortsgruppe München entwickelte sich auch diese wieder kräftig. Das Bestreben, die im Bezirke befindlichen Mitglieder alle unter die für die Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschlossenen Tarifverträge zu bringen, erleichterte die Arbeit. Allerdings wurde seitens der Gegner mit Hilfe der Revolutionregierung verhindert, unser Verband an dem Tarifvertrag der staatlichen Fluhbauarbeiter auszuhalten, doch vergeblich. Nach dem Revolutionsjahre 1919 wurde bis 1. Juli 1922 noch folgende Ortsgruppen im Bezirke errichtet: Neuburg a. D., Merbeuren, Dachau, Eichstätt, Landsberg a. L., Woburn, Söleishausen, Benediktbeuren, Schönbühl, Reupen, Pfaffenhofen a. d. Alm, Moosburg und Ittmoning. In 12 Orten ist unser Verband allein vertreten, in 3 besitzt er die Mehrheit gegenüber dem

die Radikalinstis Sturm. Diese Zulagen wurden darauf im Jahre 1921 abgelehnt. Den Arbeitgeberern waren diese Zulagen längst unbenommen. Dann kam der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner und forderte die Wiedereinführung dieser Zulagen. Seit Anfang dieses Jahres geschieht dies mit noch größerem Nachdruck. Der Erfolg war der, daß die Radikalinstis mal wieder umfielen und auch die Zulagen forderten. Die Arbeitgeber lachten und sagten, manche Leute wissen nicht was sie wollen. Die Zulagen wurden aber wieder eingeführt. Und trotzdem, ein großer Teil der Arbeiter hat noch immer sich keine Meinung über diese Leute gebildet. Sie sehen nur den großen Mund, auf dessen Pfaffen sie trotz aller üblen Erfahrungen immer wieder hereinkommen.

Aber noch etwas ist es, was einen Teil der ostpreussischen Arbeiter kennzeichnet. Im Forderungen sind sie groß, ja zuweilen unheimlich groß. Im Geben aber sind sie klein, ganz winzig. Da ist auch einmal gestreift worden und wurden nur 480 M. Streikunterstützung verlangt. Gewiß, ein recht geringer Betrag zur heutigen Zeit. Viel ist auch damit nicht anzufangen. Aber bei einem Wochenbeitrag von 6 M. ist das denn doch ein bisschen harter Tabak. Ostpreussische Kollegen! Gerade in der Frage der Beiträge werdet ihr eine gründliche Veränderung einleiten lassen müssen. Oft genug ist über ausreichende Beiträge geschrieben, in jeder Versammlung geredet worden. Einbringlich genug haben die Lehren aus dem letzten Streik vor unseren Augen. Es sollte doch endlich jedem Kollegen einleuchten, daß man von einer Organisation nicht mehr erwarten kann, als man ihr gibt. Je mehr du gibst, desto mehr wirst du erhalten. Freilich, auch hier macht sich eine Besserung bemerkbar. Hält diese an, dann wird die Organisation, die sich seit Anfang des Jahres um mehr als 100 Prozent vermehrte, noch weiter kräftigen. Geht aber auch weiter werden, daß wie hier manchen tüchtigen Mitstreiter hab. Der Gedanke der christlichen Gewerkschaften gewinnt unter den ostpreussischen Gemeindearbeitern und Straßenbahner immer mehr an Boden. Bald werden die Kollegen auch an Opferwilligkeit nicht mehr hinter den Kollegen im Reich zurückbleiben, denn mit dem Westen verbindet uns ein gemeinsames Band. Sind wir auch noch außen gewaltsam von einander getrennt, innerlich stehen wir deshalb um so enger zueinander.

Bezirk Schlesien.

Wohl in keinem Landesteil unseres deutschen Vaterlandes sind so laute Klagen über die Zurücksetzung seitens der Zentralleitungen der Gewerkschaften erhoben worden, wie gerade in Schlesien. Das dies für unsere Organisation aber in keiner Weise zutrifft, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Zentralvorstand unter schweren finanziellen Opfern sich zur Errichtung einer Geschäftsstelle in Breslau entschloß. Waren anfangs auch wenig Erfolg anzumessen, so ist jetzt doch ein allgemeiner Aufstieg unseres Verbandes zu bemerken, wenn man dabei bedenkt, daß es bisher geradezu unmöglich war, den gewerkschaftlichen Gedanken zu propagieren. Der „Herr-im-Haus-Standpunkt“ der Arbeitgeber, der in Schlesien wahres Orgien feierte, ist die Ursache dafür, daß die schlesische Gewerkschaftsbewegung gegen Westdeutschland um zehn Jahre zurückblieb. Es hatte der verzweifeltsten Anstrengungen der Arbeiterklasse bedurft, um auch nur die gesetzlich gewährtesten Arbeiterrechte zu erkämpfen. Würden die Arbeiter bisher niedergebunden — die kommunalen Arbeiter und die Straßenbahnbediensteten gedenken der Zeit heute noch mit Schrecken — so machte sich die Reaktion bei Ausbruch der Revolution dahin geltend, daß große Arbeitermassen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgekauft wurden.

Eine weitere Schwierigkeit ist der Umstand, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so verschiedenartig sind. Bislang galt Oberschlesien als das teuerste Gebiet, während Mittelschlesien noch hinter Niederschlesien kam. Die letzten Monate zeigten die Erscheinung, daß sich die Teuerung in Mittelschlesien außerordentlich katastrophal auswirkte. Der restlose Aufkauf durch den nie verlassenden Flüchtlingsstrom wie auch der massenhafte Besatz der valulastarken Ausländer (Tscheko-Slowaken) in den schlesischen Badorten sind die Ursache dieser Entwicklung. Die wirtschaftliche Abschnürung Schlesiens seitens der Entente und die Einverleibung blühender deutscher Kulturstätten in das polnische Joch haben die Lage unerträglich gestaltet. Durch den Raub unserer oberschlesischen Kohle wurde die Lage mit einem Schlage gedreht und der Tanz um die Erringung besserer Löhne eingeleitet.

Mitten in diesem Chaos steht nun das schlesische Volk eifrig am Werke, um aufzubauen, was der Nationalitätstrennung und die

blinde Wut radikaler Phantasten niedergestrichen hat. Die Klasse und Treue zu den deutschen Stammesbrüdern und zu der Heimat bleibt trotz der schändlichen Belagerung und trotz der Autonomierummeln in Oberschlesien unerschütterlich.

Hoffentlich wird bei uns die so hoch erlebte Ruhr einziehen, sodas es uns möglich wird, in verstärktem Maße für die christliche Gewerkschaftsbewegung und besonders für unsere Berufsorganisation einzutreten.

Schleiens Arbeiterklasse schaut in diesen Tagen erwartungsvoll auf Würzburg, da es fest entschlossen ist, mitzuarbeiten an der Ausbreitung und an dem Ausbau unseres Verbandes.

Bezirk Frankfurt a. Main.

Der Bezirk Frankfurt gehört organisatorisch zu den Besten, in denen es äußerst schwer ist, größere Massen von Mitgliedern für unseren Verband zu gewinnen. Im Jahre 1914 bestanden im heutigen Bereich des Bezirks die Ortsgruppen: Cassel, Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden. Die gesamte Mitgliederzahl dieser Gruppen betrug noch nicht einmal 100. Die Ortsgruppe Cassel ging durch den Krieg vollständig ein. Die drei anderen retteten sich mit Mühe und Not über die Kriegszeit hinweg. Während und nach der Revolution setzte es im ganzen Gebiet an einer entsprechenden Föhrung. Um so erfreulicher war es, daß sich in dem damaligen Durchschnitt überall einige Kollegen fanden, die Anschluß an unseren Verband suchten und fanden. Diese einzelnen Kollegen gaben später den Grund ab, auf dem weiter gebaut werden konnte. Im Laufe des Jahres 1919 mehrte sich die Zahl der Ortsgruppen, sodas in Frankfurt a. M. am 1. 8. 1919 ein Sekretariat errichtet werden konnte. Frankfurt a. M. wurde aus dem Grund als Sitz gewählt, weil es zentral gelegen ist und weil dort die stärkste Ortsgruppe vorhanden war. Heute umfaßt der Bezirk Frankfurt a. M. ein Gebiet, das von nachbenden Städten begrenzt wird, von Norden nach Westen nlm. Cassel, Marburg, Limburg, Bingen, Kreuznach, Worms, Darmstadt, Hanau und Fulda. Am 1. 7. umfaßte der Bezirk 20 Ortsgruppen. Im Dezember 21 wurde neben dem Bezirksleiter noch eine männliche Hilfskraft eingestellt, in allererster Linie zur Erledigung der Bureauarbeiten. Durch die in den letzten Monaten nicht abzählenden Lohn- und Tarifverhandlungen wäre ohne Hilfskraft nicht auszukommen. Es bestehen im Bezirk heute zwei Bezirks- und 6 Ortsarbeits. Die Erneuerung derselben erfolgte in den letzten Monaten fast immer die Zeit von 18-20 Tagen. Das gewerkschaftliche Leben in den einzelnen Ortsgruppen ist von einzelnen Ausnahmen abgesehen, gut, in manchen sogar sehr gut. Leider sind dies aber nur die kleineren Ortsgruppen.

Die Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus allen Gruppen. Die überwiegende Mehrzahl ist in den häßlichen Betrieben beschäftigt. Straßenbahner sind vorhanden in Cassel, Frankfurt, Kreuznach, Mainz und Worms. Krankenhauspersonal in Frankfurt, Höchst, Mainz und Wiesbaden. Neuerdings ist noch eine Gruppe Gemeindeangestellte und Straßenwärter dazugekommen. Staatsarbeiter sind vorhanden in Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden. Unter großen Schwierigkeiten ist es gelungen, in all diese Betriebe und Gruppen einzubringen. Ohne die tatkräftige Mithilfe verschiedener Kollegen wäre es nicht immer möglich gewesen, das Errungene zu halten, denn unsere Gegner machen immer die größten Anstrengungen, uns die gewonnenen Mitglieder zu entreißen. Wir wollen hoffen, daß das, was unter größter Mühe aufgebaut wurde, erhalten und noch weiter ausgebaut werden kann. Wenn alle treuen und von unserer Sache überzeugten Kollegen weiter mitarbeiten wie bisher, und wenn alle Mitglieder bereit sind, auch die nötigen finanziellen Opfer zu bringen, die zur Ausbreitung unserer Bewegung unbedingt erforderlich sind, werden wir auch in dem für uns steinigten Bezirk Frankfurt eine kräftige Position erringen. Unsere Losung muß immer lauten „Vereinte Kraft nur Grobes schafft“.

Briefkasten.

Verschiedene Artikel und Berichte mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden. Sie werden in der nächsten Nummer erscheinen.

Die Schriftleitung.

Redaktion und Verlag:

J. C. Lammann, Adin, Venloer Wall 9.
Druckerei des Volkswacht-Verlags, Adin, Domsstraße 6.